

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Stetbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 45 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 11. November 1917 Jahresatz kosten 50 Pfg. als einseitige Zeitungs- 31. Jahrgang
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr. (Kolonnen Nr. 174) Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen- vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern. — Neu-
regelung im Lederverkehr. — Aus unserem Beruf. — Die
neuen Gewerkschaften im Jahre 1916. — Neutralität der
Gewerkschaften. — Aus den Gewerkschaften. — Sicherung
mühsamer Kollisionsvermeidung. — Gewerkschaftliches. — Ver-
bandsnachrichten. — Zentral-Franken- und Stetbekasse der
Schuhmacher Deutschlands.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder:
Das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung des
Nahrungsmittelschwunders. — Die Arbeiterfrauen und der
Hunger. — Bürgerliches Recht. — Frauenfabrikarbeit und
Geburtsabnahme. — Kriegerfrauen dürfen nicht ermittelt
werden. — Praktische Winke.

Feuilleton: Der Waldtag.

Das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern.

Es ist eine beliebte Methode geworden, bei Beobach-
tung der Kämpfe, die die Arbeiterklasse gegen ihre Brüder
im politischen und wirtschaftlichen Gebiet zu führen hat,
das kämpfende Proletariat als eine einzige kompakte, mit
einem Interesse, Willen und Gefühlen zu betrachten,
als ob auf der anderen Seite die großen und kleinen Kapital-
isten als eine geschlossene Masse gegenüberstünden. Dieser
Solidarität der großen und kleinen Kapitalisten gab Casselle
das Signum: „von der einen reaktionären Masse“, während
Marx und Engels dieser Ansicht widersprachen.

Es ist ja auf den ersten Blick klar, daß die Gegner der
Arbeiterklasse eine sehr verschiedenartig zusammengesetzte
Klasse bilden, die aus allerhand Schichten mit sehr unter-
schiedlichen Interessen besteht. Man vergleiche nur die Groß-
industriellen mit den Kleinbauern oder die Großgrund-
besitzer mit den Kleinbauern; die einen schwören auf die
Erhaltung der kapitalistischen Rechtsgüter und verlangen
jede Ausnutzung derselben unbeschränkt. Allenfalls freier-
lich, die anderen haben noch auf dem Boden des Feudal-
ismus und schwören für das Regime der „guten
alten Zeit“; die einen sprechen nach Gewerbefreiheit, Han-
delsfreiheit, Freizügigkeit, während die anderen in Zwangs-
nahmen, Schutzzöllen und Verkehrsbeschränkungen jeder
Art das Heil erblicken. Nur wenn sie sich gleichmäßig be-
währen oder betrogen werden, halten sie zeitweilig zusam-
men. Und weil sie nun in dem ausstrebenden Proletariat ihren
gemeinsamen Feind erblicken, bilden sie zeitweilig eine einzige
Masse.

Ebenso verhält es sich auch mit dem modernen Proletariat.
Infolge der Differenzierung (Teilung) der Arbeit,
die mit der größeren Anwendung des Korporativsystems Hand
in Hand geht, entwickelt sich ein förmliches Uebel- und Un-
terordnen der verschiedensten Arbeiter. In einem großen
Fabrikbetriebe finden wir eine Stufenleiter von Arbeitern,
zwischen denen nur ein sehr mäßiges Solidaritätsgefühl be-
steht. Dasselbe ist der Fall unter dem Beamtenstand, den
Handlungsgehilfen, den Landarbeitern. Hier ist die Diffe-
renzierung noch ausgeprägter, wovon nichts deutlicher Zeugnis
abgibt, als die so enttäuschungserregenden Verläufe, diese
Berufsklassen in gemeinschaftlichen Interessensvereinen zu
organisieren. Es ist leicht gesagt und theoretisch ganz richtig,
daß Direktoren, Techniker, Ingenieure, Werkführer, Arbeiter
und Hilfsarbeiter alleamt Proletariat sind, insofern sie ihre
Arbeitskraft dem Kapital gegen Lohn verkaufen, dennoch
aber wird niemand leugnen können, daß sich die besser be-
zahlten Lohnarbeiter in Folge ihres Bildungsganges und
ihrer gesellschaftlichen Stellung dem Kapitalisten sich näher
fühlen, als einem „gewöhnlichen“ Arbeiter. Nicht minder
fühlt sich ein höherer Beamter mit reichlichem Einkommen
turnusweise erhaben über die oftmals schlecht bezahlten Unter-
beamten. Aus demselben Grunde wird von einem entwickel-
ten Solidaritätsgefühl zwischen dem Proletariat eines Groß-
unternehmens und dessen Hausknecht oder zwischen dem Ver-
walter eines Rittergutes und den Tagelöhnern besessen
kaum die Rede sein können. Das System des korporativen
Gehaltsbringens ist mit sich, daß die Lohnarbeiter des-
halb sich in Klassen, mittleren und unteren Klassen und eine

Hierarchie bilden, wie wir sie beim Militär so deutlich be-
obachten können. Das Verhältnis der Arbeiter ein und des-
selben Betriebes zu einander wird dadurch getrübt, daß der
eine als Nachfolger oder entfernter Vorgesetzter vom andern
gehört und Disziplin fordern muß; die durch dies Ver-
hältnis notwendig entstehenden Reibungen lassen ein Soli-
daritätsgefühl nicht aufkommen. Wenn auch hier und da
außerhalb des Betriebes Vorgesetzte und Untergebene auf
gleichem Fuße miteinander verkehren, so sind diese Fälle
doch nur Ausnahmen und haben auf das Verhältnis im
Betriebe wenig oder gar keinen Einfluß.

Aber noch ein anderer Umstand spielt in dieser Frage
eine wesentliche Rolle. Das Proletariat, welches im Ganzen
genommen, gemeinsame Interessen hat und durch eine end-
gültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus in all seinen
Mitleidern gewinnen würde, zeigt doch bei näherer Betrach-
tung verschiedene Differenzpunkte. Es kann gar nicht an-
ders sein, als daß wesentliche Unterschiede in der Beschäfti-
gungsweise und der Höhe des Einkommens schließlich auch
eine andere Lebenshaltung und andere Lebensansprüche er-
zeugen. Der Feinmechaniker und der Kolbenmacher, der
Buchdrucker und der Steinträger, der Bildhauer und der
Reifenreiner führen in der Regel ein sehr verschiedenartiges
Leben, was sich schon nach außen hin durch ihr Auftreten
bemerkbar macht. Ebenso macht es einen ganz bedeutenden
Unterschied, ob ein Arbeiter in seinem Gewerbe einen üb-
lichen Wochenlohn von 18 Mk. oder von 26 Mk. bezieht und
eins Arbeitszeit von 9 oder von 14 Stunden hat. Die sich
hieraus ergebenden Lebens- und Arbeitsbedingungen rich-
ten zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien Schranken
auf, die in der Praxis oftmals sehr unüberwindlich hervortreten.

Das Bewußtsein, daß die Arbeiter alleamt dem Druck des
Kapitals unterliegen und daß dieser Druck beseitigt werden
muß, erzeugt in ihnen wohl eine lebhafteste Sympathie und
große Opferfreudigkeit, wo aber der Kampf um die Lebens-
haltung zu Reibungen unter den einzelnen Gewerben führt,
da machen sich sofort die Gegensätze bemerkbar. So ist es
auch erklärlich, daß in einer politischen Partei Arbeiter aller
Berufsklassen einmütig zusammenarbeiten, oder daß sie bei
Lohnkämpfen untereinander sich in Scherfeln besteuern,
andere aber gestützt sich die Sache, wenn es sich um einen
Streik in demselben Betriebe handelt. Da beobachten wir
den nicht selten, daß die Solidarität verlagert, indem die eine
Gruppe nicht gewillt ist, zu Gunsten der andern Opfer zu
bringen. Wenn z. B. an einem Bau die eine Arbeiterkate-
gorie die Arbeit zwecks Erzielung besserer Bedingungen nieder-
legt und behufs schneller Durchdringung ihrer Forderungen
von den andern Kategorien die gleichzeitige Niederlegung
der Arbeit verlangt, so hängt es von dem größeren oder
geringeren Grade der Solidarität ab, ob letztere diesem Ver-
langen entsprechen. Bisweilen bringen selbst gutbezahlte
Arbeiter, die für ihre Person keinerlei Forderungen gestellt
haben, gern und freudig dieses Opfer, bisweilen aber steigt
auch der Gruppenegoismus über das Solidaritätsgefühl.
In letzterem Falle tritt eine ganz erklärliche Mißstimmung
zu Tage.

Da in heutiger Zeit die Lohnkämpfe fast ausschließlich
den organisierten Arbeitern geführt werden, so ist die Frage
des Solidaritätsgefühls ein Punkt, zu dem die gewerkschaft-
lichen Organisationen notwendig Stellung nehmen müssen
und umso mehr Stellung nehmen müssen, je häufiger Fälle
von Unsolidarität vorkommen. Wenn man bisher häufig
der Meinung war, daß derartige Beispiele eines unvollstän-
digen Verhaltens der einen Gewerkschaft gegen die andere,
wie sie in England gang und gäbe sind, in Deutschland nur
verschwindende Ausnahmen fände, so bereist uns doch die
Erfahrung der letzten Jahre das Gegenteil, wobei jedoch nicht
verschwiegen werden soll, daß in Deutschland die Verhält-
nisse immerhin noch günstiger liegen, als anderswo. Espe-
zielle Umstände, wie das Ueberwiegen einer einheitlichen,
streifen politischen Organisation, die förmliche Wiederhaltung
der Gewerkschaften durch den Kaiser-Bureaucratismus und
besonders auch die Tatsache, daß die Unterschiede in Lohnhöhe
und Arbeitszeit zwischen geübten und ungeübten Arbeit-
ern in Deutschland geringer sind, als in England, haben es
bisher verhindert, daß sich derartige unzulässige Beispiele all-
zuhäufig gezeigt haben. Borgekommen sind sie aber zur
Genüge.

Auch der Grund, den man für das unvollständige Ver-
halten mancher Gewerkschaften geltend macht, indem man
darauf eine Beschränkung des höheren Lohnanspruches erblickt,

erschient nicht stichhaltig zu sein; man muß vielmehr anneh-
men, daß die Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung
selbst die Ursache dieser Erscheinung in sich birgt.
In der Tat glauben wir nicht sehr zu greifen, wenn wir uns
einen wunden Punkt der gewerkschaftlichen Agitation vor-
merken und denselben deshalb zur Debatte stellen, um auch
die Meinung anderer Gewerkschaften darüber zu hören.
Bekanntlich führen die Gewerkschaften, neben und in der So-
zialdemokratie, den Kleinriegel auf wirtschaftlichem Gebiete
zu dem ausgesprochenen Zweck, die Angehörigen der bet-
ragenden Wirtschaftlich zu kräftigen. Durch den Überfluß
des Unternehmertums wächst die Kampflust in den einzelnen
Gruppen und treibt die Mitglieder zu einem immer energie-
reicher, wenn nicht gar rücksichtslosigen Vorgehen. Das Un-
ternehmertum auf der einen, die Masse der unorganisierten,
den Kampf hemmenden Kollegen auf der andern Seite ist
der Feind, der überwunden werden muß. Dieser Kampf nach
zwei Fronten hin erzeugt naturgemäß eine Einseitigkeit des
Vorgehens, die das Allgemeininteresse mehr oder weniger
hinter das Sonderinteresse zurückdrängt; es entwickelt sich
ganz unmerklich und ganz unbedachtlich in den Mitgliedern
einer Gewerkschaft das Gefühl, daß alles darauf ankomme,
für ihre Person resp. für ihre Gewerkschaft Erfolge zu er-
zielen, unbekümmert um die Interessen anderer Gruppen
oder Personen. Dieses Gefühl ist unlosbar und verdrängt sich
nicht mit dem Wohle der Allgemeinheit; zu einem direkten
tatsächlichen Erfolg wird es aber, wenn es sich gegen andere
Organisationen richtet, die ebenfalls die berechtigten Inter-
essen ihrer Mitglieder vertreten.

Keinen verhängnisvolleren Fehler gibt es für eine kämp-
fende Klasse, als wenn die eine Gruppe einseitig und kurz-
sichtig genug ist, Sonderpolitik zu treiben und sich ohne Rücksicht
auf die Vorteile der anderen Gruppen zu verhalten. Der augenblickliche
Erfolg mag manchen oberflächlichen Beobachter täuschen, aber
Tiefenblickender aber weiß, daß daselbe der Gesamtbewegung
nur zum Nachteile gereichen kann. Ein Vorwärtsschritt
wegen auf der ganzen Linie — das ist es, was der Arbeiter-
klasse am Heile steht. Nicht kann es die Aufgabe der Ge-
werkschaftsbewegung sein, Arbeiterkategorien zu glücken
und die Kraft zwischen den verschiedenen Proletariatsgruppen
zu vergrößern. Im Gegenteil, das Heranziehen und Weiter-
ziehen der Zurückgebliebenen ist Pflicht und Schicksal.
Jeder Einzelkampf, den irgend eine Gruppe führt, muß als
eine Episode des großen Organisationskampfes betrachtet
werden und wie in einer Schlacht der eine Truppenteil jeden
Vorstoß nur unter Berücksichtigung der Stellung des ganzen
Heeres unternehmen darf, so muß eine jede Gewerkschaft ihr
Vorgehen im Hinblick auf das Ganze einrichten.

Von diesem, wie uns scheint, unabweisbar richtigen
Gesichtspunkte aus müssen wir die vorliegende Frage be-
handeln. Es darf nicht eine auf dem Sonderegoismus beruhende
Taktik Platz greifen, die den Augenblickserfolg als
Erstzwang betrachtet, sondern die in jedem Schritt nach vor-
wärts nur eine Gruppe auf dem Siegeswege des Proletariats
erkennt. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen
allen Arbeitergruppen muß gepflegt und unerschütterlich
gehalten werden, da keines ein dauernder Sieg umgänglich ist. Zum Glück
für uns steht speziell in der deutschen Arbeiterklasse noch ein
großer Fonds von Idealismus, der ein heiliges Gegengewicht
bildet gegen den niedrigeren, unvollständigen Egoismus,
welcher hier und da zum Schaden der Gesamtbewegung sich
breit macht. Vor allen Dingen muß mit dem individuellen
Prinzip: „Jeder für sich! Was sehen uns die andern
an?“ scharf abgebrochen werden.

Neuregelung im Lederverkehr.

Die am 20. Oktober in Kraft getretene Neuordnung im
Verkehr mit Leder bringt verschiedene Änderungen von Be-
deutung. Die bisherige Einteilung in Sortimente bleibt be-
stehen, daneben sind aber noch 3 Wertklassen eingeführt,
deren jede wieder die Sortimente vereinigt.
Wertklasse A umfaßt nur Leder, dessen Gerbung, Zu-
richtung, Trodnung und allgemeine Beschaffenheit zu seiner
wesentlichen sachmännlichen Beurstandungen Anlaß bietet
Leder, das diesen Anforderungen nicht entspricht, fällt unter
die Wertklassen B oder C.
Wertklasse B umfaßt Leder, das gegenüber den Anfor-
derungen an Leder der Wertklasse A bereits nicht ungenü-

liche Mängel an der z. B. unvollständige oder sonst fehlerhafte Gerbung oder mangelhafte Bearbeitung oder Zurückhaltung.

Vertikale C umfasst Leder, das gegenüber den Anforderungen an Leder der Vertikale A grobe Mängel aufweist, die es für die Verwendung auf seinem hauptsächlichsten Verwendungsbereich als nicht geeignet erscheinen lassen, aber noch seine Verwertung zur Anfertigung oder Ausbesserung bestimmter einzelner Gegenstände aus Leder gestatten.

Leder, das seiner Beschaffenheit nach nicht mehr unter die Vertikale C zu rechnen ist, muß entsprechend niedriger bewertet werden.

Mängel der Rohware, wie Schnitte, Engertlinge, Faulstellen und dergleichen sowie vereinzelt, örtliche Beschädigung des Leders sind ohne Einfluß auf die Einreihung in die Vertikale. Sie bedingen die Einteilung des Leders in die Sortimente.

Leder fehlerfreier Rohware, das nur ganz geringe örtliche Beschädigungen aufweist, gehört zum 1. Sortiment. Das 2. Sortiment umfasst Leder mit leichten, Sortiment 3 solches mit starken Beschädigungen. Der Grundpreis vermindert sich bei Sortiment 2 um 5 vom Hundert, bei den unter laufenden Nr. 3 und 4 aufgeführten um 3 vom Hundert, bei den übrigen in Vertikalen eingeteilten Lederarten: bei starken Beschädigungen (Sortiment 3) um 10 resp. 0 vom Hundert.

Der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums bleibt es vorbehalten, Richtlinien zu veröffentlichen, aus denen weitere Einzelheiten für die Einreihung des Leders in die Vertikalen sich ergeben.

Für die Einteilung des Leders in Sorten ist die handelsübliche Bewertung nach der Gesamtschönheit der Ware maßgebend.

Schöneres Sohlleder und Badleder der laufenden Nummern 1 bis 14 der Preistafel gehört zur Sonderklasse. Es darf dafür ein Zuschlag von 10 vom Hundert auf den Grundpreis gefordert werden.

Altes Leder (auch Abfälle) ist beschlagnahmt, soweit es sich im Eigentum, Besitz oder Gewahrsam einer Gerberei, Zurechtereier oder Gerbervereinigungen befindet.

Der vollständige Wortlaut der Verordnung, einschließlich Preistafel ist zum Preise von 45 Pfg. von der Expedition des „Schuhmarkt“ zu beziehen.

Aus unserem Verusf.

Aus der Lederindustrie. Die neuen Verordnungen für Gerbereien sind seit dem 20. Oktober wirksam. Sie erleuken in Interessententreiben nicht: die Preise sind herabgesetzt worden. Außerdem hat die Liste der Grundpreise eine Einschränkung erfahren. Manche Sorten von Leder werden nicht mehr hergestellt. Man befürchtet Differenzen zwischen Verkäufern und Abnehmern über die Einteilung der Vertikalen. Soweit Rohhäute in Betracht kommen, ergibt sich aus der Neuordnung eine Vereinfachung. In Zukunft dürfen die Gerbereien anstatt bisher 4 nun 3 Häute in Lohn für landwirtschaftliche Betriebe bearbeiten. Auch ist es den Gerbereien jetzt gestattet, für eigene Verarbeitung Leder zu erntnehmen. Enttäuscht ist man darüber, daß die neuen Verordnungen Bestimmungen über Verkaufs- und Ausnahmeverordnungen enthalten, über die vorher mit den Interessenten keine Verständigung herbeigeführt worden ist. Selbstverständlich wird nicht verlangt, daß Arbeitervertreter gehört werden sollten, nur die Unternehmer wollen mit bestimmen. Leder die Einrichtung der Lederzahnmaschinen wird berichtet, daß sie erhebliche Störungen verursacht habe. In den Gerbereien läuft sich das Leder, da diese gar nicht wissen, an wen sie liefern sollen und teils die Stellen, an die sie abgeben müssen, sich weigern, die Leder abzunehmen, teils sogar noch nicht arbeitsfähig sind. Zahlreiche Zahnmaschinen sind noch nicht in Betrieb, so daß auch in der Versorgung der besaughtigten dieser erhebliche Störungen drohen. Die Gerbereien sind noch wie vor recht gut beschäftigt. Die Zuweisungen in Rohhäuten waren weiter groß, und da bei der Zentrale die Bindungen im September auch noch reichlich waren, sind auch für den Oktober noch umfangreiche Zusatzen zu erwarten. Die Gerbstoffversorgung ist ebenfalls durchaus glatt von staten gegangen. Die Ernte 1917 war sehr gut, die herangebrachte Menge reicht völlig aus bis zur nächsten Ernte. Es sind also bei der Bewältigung der bedeutend größeren Häutemengen als im Herbst 1916 nicht die geringsten Störungen in der Gerbstoffversorgung vorgekommen.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1916.

Aus einem Bericht über die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, den das Correspondenzblatt veröffentlicht, entnehmen wir folgendes: Ende des Jahres 1916 waren 934 784 Mitglieder vorhanden. Am Schlusse des 2. Vierteljahres 1917 musterten die freien Gewerkschaften wieder 1 076 433 Mitglieder. Demnach brachte das Jahr 1916 den Tiefstand.

Im Jahre hatten die Verbände eine Gesamteinnahme von 82 005 550 M., die im folgenden Jahre auf 70 871 954 M., im Jahre 1915 auf 41 503 227 M., und 1916 auf 24 027 248 M. zurückging. Im Jahre 1914 war die Einnahme an Beiträgen nach 52 652 892 M., wovon 31 382 280 M. auf das erste Halbjahr entfielen; 1915 kamen nur 19 481 738 M., und 1916 nur 24 729 158 M. an Beiträgen

ein. In gleicher Weise ging die Einnahme an örtlichen Beiträgen, die von den Mitgliedern für besondere Unterstützungszwecke oder zur Erhöhung der aus der Verbandskasse und für allgemeine örtliche Zwecke geteilt werden, zurück. Diese Beiträge ergaben in den Jahren 1914 bis 1916 die Summe von 10 844 114 M., 5 830 549 M. und 4 700 841 M. Der Rückgang dieser Beiträge von 1915 auf 1916 ist wesentlich geringer als der von 1914 auf 1915. Es dürfte sich dies in der Hauptsache daraus erklären, daß die Mitglieder zur Zahlung höherer Beiträge herangezogen werden mußten, um die Rechtsauskunftstellen und Arbeitervertreteriate erhalten zu können. Ganz gelang es nicht, aus den Beiträgen an die Gewerkschaftskasse die erforderlichen Ausgaben zu decken. Aus der Kasse der Generalkommission mußten 1916 hierfür noch 75 800 M. gezahlt werden. An besonderen Beiträgen wie zur Unterstützung der Arbeitslosen und der Familien der Kriegsteilnehmer wurden 2 048 048 M. 1914, 1 813 915 M. 1915 und 408 298 M. 1916 vereinnahmt. Beitragsgeber wurden in den drei Jahren 210 982 M., 121 965 M. und 127 007 M. gezahlt.

Die Gesamtausgabe, die 1914 sich auf 79 547 272 M. belief, ging auf 54 938 864 M. im Jahre 1915 und auf 30 974 048 M. im Jahre 1916 zurück, obgleich einige Ausgabenposten höher waren als im Vorjahre. So stieg die Ausgabe für Krankentüftung von 2 425 083 M. auf 3 664 592 M., die für Streiks und Ausperrungen von 35 851 M. auf 104 952 M.

Eine Verminderung trat bei der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 3 485 423 M. auf 1 440 133 M. Im Jahre 1914 betrug dieser Ausgabenposten 3 718 902 M.

Auch der Ausgabebetrag für notleidende Kollegen ging von 1 824 322 M. auf 303 068 M. zurück. Im Jahre 1914 stellte er sich auf 3 457 391 M. Für die Familien der Kriegsteilnehmer konnten nur 5 992 064 gegen 8 074 085 M. im Vorjahr, aufgezahlt werden, obgleich die Zahl dieser Familien sich nicht verringert hat. Die sinkende Einnahme veranlaßte die Gewerkschaften, mehrfach diese Unterstützungen, die keineswegs allgemein als leistungsfähige Leistung eingeführt worden sind, einzuführen. Diese Einschränkung wurde in vielen Fällen dadurch erleichtert, daß die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer bei dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit fanden. Die größeren Ausgabenposten in den Jahren 1915 und 1916 waren:

	1915 M.	1916 M.
Reiseunterstützung	102 460	46 556
Umsatzkosten	136 007	107 563
Arbeitslosenunterstützung	3 485 423	1 440 133
Arbeitsunfähigen- (Kranken-) Unterstützung	2 125 038	3 664 592
Invalidenunterstützung	529 538	539 898
Weisfälle in Sterbefällen	1 164 134	1 260 799
Weisfälle für notleidende Kollegen	1 824 322	303 068
Unterstützung an Familien der Kriegsteilnehmer	8 074 085	5 992 064
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung	187 355	70 577
Streiks und Ausperrungen	35 851	104 952
Rechtschutz (an Mitglieder gewährt)	106 550	87 671
Gesamtheitunterstützung	15 790	13 627
Verbandsorgan	1 225 165	1 246 201
Bildungszwecke und Statistik	268 557	291 522
Agitation	1 461 140	1 503 204
Konferenzen und Generalversammlungen	188 322	204 715
Verwaltungskosten der Hauptverwaltung:		
a) Gehälter und Versammlungskosten (persönliche)	1 230 431	1 208 721
b) Verwaltungsmaterial (sachl.)	488 389	488 240
c) Verwaltungskosten der Sachstellen und Gaus	8 007 370	7 293 294

Der Vermögensbestand der Gewerkschaften ist mit 67 829 137 M. für 1915 und mit 65 845 166 M. für 1916 angegeben. Er ist nicht vollständig, weil für beide Jahre die Angabe für den Metallarbeiterverband fehlt, der für 1914 berichtet, daß sein Vermögensbestand 16 801 230 M. betrug. Der Verband begründet das Verschweigen des Vermögensbestandes mit der Angabe, daß die Unternehmer daran die Kampffähigkeit des Verbandes abschätzen können. Alle andern Organisationen sind nicht der Meinung, daß die Angabe des Vermögens Rückschlüsse seitens der Unternehmer auf die Kampffähigkeit einer Gewerkschaft zulasse. Dies ist keinesfalls, wie die Erfahrung gelehrt hat, von dem in der Kasse vorhandenen Betrage abhängig. Deswegen wird auch ferner die, wenn auch durch Fehlen der Angabe des Metallarbeiterverbandes, unvollständige Übersicht über das Vermögen der Verbände gegeben werden.

Neutralität der Gewerkschaften.

Die lange nicht mehr gehörte Forderung von der „Neutralität der Gewerkschaften“ ist nun wieder an der Tagesordnung. Aber es hat keine eigene Bewandnis damit. Die Auser sind durchweg die Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, Überwiegend auch die Gewerkschaftsleitungen, also die zwei Organe, die auf die Haltung der Verbände den nachdrücklichsten Einfluß ausüben.

Die jegliche Neutralitätsforderung ist jedoch innerlich unwahr, denn sie läuft darauf hinaus, den leitenden Stellen ein unneutrales Verhalten zu erleichtern. Den Mitgliedern soll es nicht gestattet sein, sich zu wehren gegen den Versuch, sie für eine bestimmte Partei und eine bestimmte politische Politik zu verpflichten.

Seit Beginn des Krieges machen die Generalkommissionen und die meisten Zentralvorstände die sog. Politik des 4. August, jene Politik, die als Regierungsozialismus bei den Arbeitern charakterisiert wird. Das Drängen und Treiben der Generalkommissionen und der Zentralvorstände aller großen Verbände hat nicht wenig zu der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei beigetragen. Waren sie es doch, die besonders im Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ziemlich kategorisch konsequente Forderungen an der Politik des 4. August von der sozialdemokratischen Partei verlangten. Dieser Umstand hat sicher nicht wenig dazu beigetragen, die rechte Seite der Fraktion immer weiter vom internationalen Sozialismus auszubringen, in Unruhe zu versetzen gegen den sozialistischen Geist und seine Bekundung zu erklären. So wurde die Spaltung unummeidbar.

Die Generalkommissionen und die Zentralvorstände haben jedoch die Mitgliedschaft nicht um ihre Zustimmung zu dem im Namen der Gewerkschaften betriebenen Politik gefragt. Grundsätzlich wie in jeder anderen Beamtenregierung determiniert man einfach, was die „Untertanen“ zu tun und zu lassen haben. Sobald sich in den Mitgliedschaften dagegen Opposition ergibt, eine andere Meinung laut wird, wertet man von oben über Spaltungsversuche, dann heißt es gebieterisch: Die Gewerkschaften sind neutral, die Streikfragen der Partei dürfen nicht hineingetragen werden. Den Bannfluch schreien die Obrigkeit dann gegen die Mitglieder, die sich keine Politik aufzutragen lassen wollen, man begünstigt sie der Spaltung der Arbeiterschaft, die einzig bleiben müsse. Gleich nach dem Diktat der Gewerkschaftsleitung!

Nur wenige Gewerkschaftsblätter haben sich von dieser Politik, um dieser Politik des doppelten Bodens, von dieser Art, eine Obrigkeitsregierung an die Stelle der demokratischen Gewerkschaftsorganisation zu setzen, freigegeben.

Bei jeder Gelegenheit konnte man dieses Verhalten beobachten. Bei Besprechungen über Verhandlungen und Kongresse im Reichstag nahmen die meisten Gewerkschaftsleitungen ganz unüberbittelt Partei für die Scheidemannpartei, gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Das gleiche Verhalten wird beobachtet bei der Berichterstattung über den Parteitag der Scheidemänner in Würzburg. Nachstehend geben wir davon einige Proben.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission selbst dabei natürlich nicht. In seiner Nr. 43 bespricht es den „Parteitag in Würzburg“. Dabei sagt es von den Winderziehungsanhängern, sie „proklamieren den Kampf gegen die alte Partei, den ihre Reichstagsvertretung seitdem strupplos in hoher Uebereinstimmung mit Konferenzen und Altschleichen durchgeföhrt hat.“ — Das ist doch eine überwältigende Neutralität, eine wunderbare Einheitspolitik! Trotzdem mag das „Correspondenzblatt“ bei sich in jeder Frage auf den Boden der Würzburger Beschlüsse stellen, immer Stellung gegen die Unabhängige Sozialdemokratie nimmt, ihre politischen Betradachtungen also zu unterstützen:

„Der Einigungsruuf des Parteitags gilt vor allem auch hier. Die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit, die nicht durch getrennte Bestrebungen im Sinne der unabhängigen Partei gefährdet werden darf. Wenn irgendwo, so muß in den Gewerkschaften den Spaltungsversuchen ein Damm entgegengekehrt werden. Im Interesse der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften aber begrüßen wir das rücksichtslose Bemühen des Parteitags zur praktischen Aktion auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik und sprechen die Erwartung aus, daß das Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaften vor künftigen Störungen bewahrt bleiben möge.“

Hier wird einfach wieder befohlen: die Politik der Scheidemannpartei ist die Politik der Gewerkschaften, wer dagegen opponiert, in der Gewerkschaft eine andere Politik befürwortet, der ist ein Störenfried, ein Spalter. Die Obrigkeit hat gesprochen, die Untertanen haben zu schweigen!

Rückwärts macht auch die „Gewerkschaft“ (Nr. 43) die Politik Scheidemanns zu der der Gewerkschaften. Sie schreibt:

„Es stehen nicht mehr alle Vertreter des deutschen Sozialismus unter einem Banner! Die Abspaltung der „Unabhängigen“ umfaßt in der Hauptsache jene Führergruppen, die schon in den Jahrzehnten vor Kriegsausbruch hauptsächlich der Demonstrationspolitik das Wort redeten. Sie beeinflussten in hohem Maße die Beschlüsse und Verhandlungen der Parteitage, und zum erstenmale ist in Würzburg mit diesem Demonstrationssprinzip gebrochen worden. So unzuverlässig und klar der Parteitag aussprach, daß keinerlei Grundzüge des Sozialismus aufgegeben worden sind, so zeigt sich doch erst bei der praktischen Betätigung, wo und wie eingeleitet werden kann. Die Taktik: „Alles oder nichts“ hat sich nun auch in der politischen Betätigung als geradezu arbeitserniedrig erwiesen, nachdem sie bereits seit den neunziger Jahren (mit ihren „Wilden Streiks“) in den Gewerkschaften aufgegeben werden mußte.“

Und in Nr. 44:

„Allseitig wurde in der Presse das Referat Scheidemanns über „Die Zukunftsaufgaben der Partei“ als der Höhepunkt des Parteitags bezeichnet. In der Tat ist die Frage des „Zukunftsaufbaus“ (nicht jenes der „Platznahme“, sondern) unseres Staats- und Gesellschaftslebens nach dem Kriege) von allergrößter Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Sie muß mittels ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen ihren ganzen Einfluß zusammenfassen und sich möglichst aktiv zur Geltung bringen.“

Am „Grundstein“ (Nr. 43) spricht Winnig seine Meinung darüber aus, daß die Scheidemannpartei nun dahin gelangt ist, wo der „Grundstein“ sie seit mehr als einem

...kraft...
...des 4. ...
...bei den ...
...und ...
...alle ...
...Sozialdem...
...doch, die ...
...mission der ...
...Konsequen...
...der Sozialdem...
...hat sich ...
...Fraktion imm...
...zubringen, ...
...Geist und ...
...Spaltung unwe...
...vorfände ...
...nimmun...
...Politik gefrag...
...definiert man...
...Opposition ...
...man von ...
...terfährig: Die ...
...der Partei ...
...schleudert...
...sich keine ...
...sie der ...
...müsse. Ein...
...sich von ...
...ers, von ...
...der dem...
...gehalten.
...s Verhalten...
...ungen und ...
...Bewertung...
...demannpartei...
...Das gleiche ...
...tätigkeit über ...
...g. Maßstab...
...er Generall...
...mer Nr. 43 ...
...Dabei ...
...stimmten ...
...tagungs...
...mit Konf...
...Das ist ...
...ndere ...
...blatt", ...
...urger ...
...ge Sozial...
...also zu ...
...vor allem ...
...heit, die ...
...unabhäng...
...owo, so ...
...in ein ...
...mbial- ...
...und ...
...arbeiten ...
...Parteitags ...
...weiter...
...menwirk...
...zungen ...
...dität der ...
...ner, der ...
...dität ...
...Dringlich...
...gen!
...ass" (Nr. 43)
...schaften. ...

geheint" haben wollen. Er läßt seine Betrachtungen über die Parteiung also ausfallen:
Die Sozialdemokratie hat die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, an dem Neuaufbau des Staates und seiner Wirtschaft schöpferisch mitzuwirken, und das ist eine billige Aufgabe an den alten Geist der Staatsvereinigung, der einst aus zwingenden geschichtlichen Gründen aufgeworfen wurde, der aber mit der heutigen Stellung der Arbeiterklasse unvereinbar geworden ist. Diese Wandlung ist nicht Verzicht auf die revolutionäre Sendung der Arbeiterklasse, sondern im Gegenteil ihre Bollernung. Sie heißt Verzicht von der Revolutionierung der Verhältnisse zur Revolutionierung der Zustände. Hierin liegt der Kern der gegenwärtigen Krisis des Sozialismus.
Der „Grundstein“ hat seit mehr als einem Jahrzehnt an dem Fortschritt gearbeitet, er hat für ihn gestritten und dafür oft gescholten worden. Nun ist er erreicht. Die „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 43) bezieht sich mit der folgenden kleinen Stimmungsrede:
Es sind vorzügliche Referate über die aufgeführten wirtschaftlichen und politischen Probleme gehalten worden, die gewiß nicht nur die Partei, sondern auch die gesamte Arbeiterklasse, für den baldigen Frieden auf. Und es sind ja die wichtigsten Aufgaben des politischen Kampfes dieser Tage. Die Arbeiterklasse hat keine tiefere Sehnsucht als die, es mögen bald die Kanonen schweigen und im Überdruß die Streitigkeiten begraben werden.
In der „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 44) heißt es:

Mit dem Verlauf des Parteitags kann man im ganzen zufrieden sein. Er hat die schwersten Aufgaben, die ihm gestellt waren, in befriedigender Weise gelöst. Mit berechtigten Problemen, die auf früheren Parteitagen oft schon zu hitzigen Debatten gaben, die nicht immer in angemessenen Formen geführt wurden, hat sich der Parteitag nicht beschäftigt, um so größere Aufmerksamkeit schenkte er Fragen der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft. Die Partei hat ihre Stellung zur kapitalistischen Wirtschaft nicht geändert. Sie wird nach wie vor deren Regel kritizieren und auf ihre Beseitigung hinarbeiten. Die Arbeit leisten im Interesse der breiten Volksschichten. Die bevorstehende Befriedigung erfüllt uns die vom Parteitag gebotene Bereitwilligkeit zur Herbeiführung der Parteieinkommen, daß der Wille zur Einigkeit sich auch auf anderen Seiten in gleicher Weise äußert. Die Einheit der Arbeiterbewegung muß wieder hergestellt werden, möge sie von der Arbeiterklasse recht bald kommen.
Die „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 44) will gern mit erscheinen, schließlich bekennt sie sich doch ziemlich allgemein für die Scheidemann-Gruppe. Sie schreibt:
Daraus kommt es viel darauf an, wie nun im Lande der Wille von Würzburg weiter und weiter getragen wird. Um die Grundrunden der Parteiverhandlungen in allen Simulationen Widerhall findet, wenn die Delegierten versagen, das, worauf es ankommt, zu erfüllen, und wenn dies geschehen kann, dann ist Würzburg ein Wendepunkt in der Geschichte der Gewerkschaften, die freudig begrüßen können. Dann ist es nicht vorzuziehen, daß das alte Verhältnis wieder hergestellt wird, dann muß die Arbeitsfreudigkeit, das gegenseitige Vertrauen mächtig angeregt werden.
Man gebietet eine Einigkeit durch die Vorschrift einer einheitlichen, nicht mehr sozialdemokratischen Richtung. Entwerfen die leitenden Stellen lassen davon ab, den Gewerkschaften eine politische Meinung und entsprechendes Handeln vorzuschreiben, oder die Mitglieder, die anderer politischer Auffassung sind, müssen diese Auffassung zur Geltung bringen. Gerade die Vorkände und Gewerkschaftsleitungen, die Gegenätze und Zersplitterung in die Gewerkschaften hineintragen. Sie fühlen sich eben als Obrigkeit.

Aus den Gewerkschaften.

Wie kaum anders zu erwarten, regt sich in den Gewerkschaften immer mehr die Opposition gegen die Versuche, auf die Politik der Regierungsozialdemokratie festzusetzen.
In Essen beschäftigten sich zwei Generallieferanten der Metallarbeiter mit den Beschlüssen der jüngsten Bundsgenerallieferantenversammlung. Nach ausgedehnter Debatte wurde folgende Resolution angenommen:
Die Generallieferantenversammlung des deutschen Metallarbeiters, Verwaltungsstelle Essen, erklärt, daß die Stellung der Delegierten zu den einzelnen Anträgen und Resolutionen, insbesondere zu der Frage der Kriegspolitik, die Anträge entspricht. Sie halten nach wie vor die Vorkände der Bundsgenerallieferanten, welche in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Ausdruck findet, für verwerflich. Sie stellen sich auf den Boden des Korrespondenz, im Rahmen der Organisation dahin zu wirken, daß in den Gewerkschaften der Klassenkampfcharakter mehr als bisher gefördert werden möge, und erwidern, im Gegensatz zur Vorkandenspolitik, in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine geeignete Vertretung. Sie betradeten in der Abhandlung auf der Verbands-Generallieferantenversammlung, daß den Vorstand der Mitglieder-Gruppe. Da besteht, daß den 28 im Arbeitsverhältnis stehenden Delegierten 46 die „Arbeiter-Zeitung“, wodurch die Anträge 28-31 als erledigt zu betrachten seien, abzulehnen. Nur durch das starke Eintreten der Verbandsleitung war die Mehrheit gegeben. Deshalb hält die Generallieferantenversammlung es für unzulässig, daß mehr als bisher die Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis mit der Delegation zum Verbands-

lage beauftragt werden. Entschieden weisen sie den Appell zur Spaltung von Legien und Schwarz (Dresden) zurück mit der Forderung, daß der Opposition das Recht zusteht, im Rahmen der Organisation nach jeder Richtung ihre Ansichten vertreten zu dürfen. Ferner betradeten die Generallieferantenversammlung als die zunächst an die Reichsregierung zu stellende Forderung neben der Einführung des demokratischen Wahlrechts zu den Landtagen und Gemeinden, die Festlegung eines Maximalarbeitstages und die Wiedereinführung des demokratischen Wahlrechts zu den Landtagen und Gemeinden, die Festlegung eines Maximalarbeitstages und die Wiedereinführung des Arbeiterinnen und Jugendschutzes. Sie erhebt den Hauptvorwand, sich mit den sozialistischen Fraktionen in Verbindung zu setzen, damit alles getan wird, um diese unbedingt notwendigen Forderungen endlich zu verwirklichen.
Die erste Versammlung war von rund 700, die zweite von rund 400 Personen besucht. Beider hat die Verwaltung für die zweite Versammlung nicht für die nötige Bekanntmachung in gewohnter Weise gesorgt. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Brückmann, Orsopp am Saager gewählt. Einen Bericht über beide Versammlungen in der Metallarbeiterzeitung zu veröffentlichen lehnte die Verwaltung ab. Kollege Hähnen, welcher zur ersten Versammlung verhindert war, erklärte sich bereit, nur für die zweite Versammlung zu berichten. Nachdem ein Kollege das eigenmächtig herbeiführende Verhalten der Verwaltung kritisiert hatte, wurden aus der Mitte der Versammlung drei Kollegen zur Abfassung des Berichts gewählt.

In der Generallieferantenversammlung der Berliner Schneider wurde der Antrag gestellt, die Beitragsleistung an die Generalkommission einzustellen. Der Antrag wurde begründet mit der politischen Haltung Legiens im besonderen und der Generalkommission im allgemeinen. Die Fortsetzung der Debatte wurde bei vorgerückter Zeit verweigert.
Seine heftige geht die Holzarbeiterzeitung ins Zeug gegen die Spaltungsvorlesung, d. h. gegen die Opposition, die sich gegen die Vorkandenspolitik richtet. Anknüpfend will der Vorstand die Opposition ablehnen, indem er versucht, die Zahlen finanziell von ihr vollständig abhängig zu machen. Es wird darüber berichtet. Es sollen die Vorkandensbeiträge vollständig verschwinden, alles Geld soll in die Hauptkasse fließen. Die Ortsgruppen sollen nur so viel Geld zur Verfügung haben, wie sie im letzten Jahre für die eigentlichen Verwaltungskosten notwendig hatten. Wird das durchgeführt, dann ist den Ortsgruppen jede Möglichkeit genommen, ohne Genehmigung des Vorstandes irgend etwas zu unternehmen. Es sollen zwar höhere Beiträge erhoben werden, jedoch lediglich zugunsten der Hauptkasse. Offenkundig geht der Plan dahin, die Rechte der Mitglieder einzuziehen.
Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes auf der letzten Generallieferantenversammlung den Versuch machte, den Disziplinarmaßnahmen jeden Einfluß auf die Anstellung von Beamten zu entziehen, indem er beantragte, die Gehälter der Beamten auf die Hauptkasse zu übernehmen. Würde das eingeführt, dann hätte natürlich auch lediglich der Vorstand über die Anstellungen zu bestimmen, die Mitglieder hätten keinen Beamten kündigen und wenn er noch so sehr gegen ihren Willen arbeitete, sofern er nur die Befehle des Vorstandes befolgte.
Während die Vorkände offen und scharf für die Scheidemannpartei eintreten, wollen sie keine andere Meinung dulden. Der Redakteur des „Arbeiter“, A. Bege, steht politisch auf dem Boden der „Unabhängigen Sozialdemokratie“. Do diese Gewerkschaftsblätter sich das Recht nahmen, die U. S. P. zu bekämpfen, für die Scheidemann-Partei Propaganda zu machen, konnte er es als sein Recht betrachten, im entgegengesetzten Sinne zu wirken. Das soll jedoch nicht geschädet werden. Der Vorstand stellte an Bege das unerhörte Verlangen, er solle den „Arbeiter“ unter die Botenjuris des Vorstandes stellen, der auf der andern Seite steht. Der Vorstand läßt seine Macht spielen und so sah Bege sich gezwungen, von seinem Posten zurückzutreten. Nun hört man aus der Gewerkschafts- und Reichspressen kein Geschrei über Bergemalting. Die Obrigkeit gebietet, die Mitglieder haben zu schweigen.
Es ist wahrlich weit gekommen mit der deutschen Arbeiterbewegung.

Sicherung unserer Kohlenversorgung.

Von Otto Hue.

Die Haushaltungskommission des preussischen Landtages hat nach dreitägigen vertraulichen Beratungen über die Kohlenversorgung der Bevölkerung Beschlüsse gefaßt, die erst nach einigen Wochen dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt werden. Was wird sich während dieser Zeit ereignen? Ist es eine Übergangszeit zum Besseren oder Schlechteren?
Es ist sehr bedauerlich, daß der sozialdemokratische Antrag, die Kommissionsverhandlungen generell nicht vertraulich zu behandeln, abgelehnt wurde. Der herausgekommene offizielle Bericht läßt nämlich sonderbarer Weise die natürlichen Möglichkeiten unserer Kohlenversorgung ungenügend erkennen, als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.
Der offizielle Bericht sagt, die deutsche Steinkohlenförderung sei nun wieder auf den Stand des letzten Friedensjahres, die Braunkohlenförderung sogar darüber hinaus gestiegen. Die Steinkohlenförderung belief sich damals auf 19,1, die Braunkohlenförderung auf 87,4 Millionen Tonnen. Zur Zeit sind beide Förderungen zusammen höher wie 1913.
Warum müssen sehr weite Kreise des deutschen Volkes dennoch über stark Kohlennot klagen? Unsere inländischen Kohlenvorräte umfassen mehr als die Hälfte der gesamten europäischen, unsere gegenwärtige Förderung übersteigt das Quantum, welches gleichzeitig 1913 gewonnen wurde. Und damals wurden unerhörte große Mengen unserer Kohlen, auch verarbeitet zu Koks und Britetts, exportiert, es wurden außerdem große Lager angefüllt, um einzelnen Werken ein je hunderttausend Tonnen! Warum kann jetzt ein gewaltiger Teil der Bevölkerung nicht einmal, kurz vor dem Winter, seinen notwendigen Bedarf an mineralischen Brennstoffen einkellern.
Unsere Ausfuhr — sie betrug 1913 an Kohlen, Koks und Britetts zusammengerechnet rund 44 Millionen Tonnen! — muß heute bedeutend geringer sein als im letzten Friedensjahre. In Belgien und Polen werden wieder ansehnliche Mengen für den Inlandsbedarf selber gefördert; in Belgien 1916 bereits wieder 16—17 Millionen Tonnen. Nehmen wir aber alles in allem, dann bleibt doch das Defizit übrig, das weite Gebiete des Reichs, hochwichtige Betriebe wie die Gas- und Elektrizitätswerke, ganz kümmerlich mit Kohlen versorgt sind, vielfach nur einige Tage oder höchstens Wochenvorräte an Kohlen haben — und das kurz vor dem Winter! Wie ist das zu erklären, da wir doch ein, erst recht im Vergleich zu anderen kriegführenden Ländern ausgezeichnetes Förderungsresultat zu verzeichnen haben?
Wenn auch zurecht unsere Eisenbahnverwaltungen beim besten Willen noch nicht genügend Wagen zum Abtransport der vollen Förderungen stellen können, das war doch aber im ganzen Jahr nicht so und schon im Juli d. S. erklärte sich Herrschelich im Reichstag, unsere Stein- und Braunkohlenförderung zusammen betraue sich nur monatlich auf etwa 20 Millionen Tonnen, 1913 waren es etwa 24 Millionen Tonnen. Warum ist in der stillen Zeit nicht für Ankauf von Brennstoffvorräten außerhalb der Gewinnungsgebiete gesorgt worden? Koks und andere Kohlenarten lassen sich sehr lange aufstapeln. Warum ist das nicht geschehen in den von den Kohlenbezirkern weit entfernten Randstellen, als der Wagenmangel noch nicht bedrohend war.
Die Arbeiterklasse hat unter jeder ersichtlichen Bedingung schon im Sommer dieses Jahres eine der Friedensmengen sich stark nähernde Förderung herausgebracht. Der Versuch, diese fleißige Arbeiterkraft gemeinschaftlicher Maßnahmen zu beschuldigen, mußte halt machen vor der Frage: „Wo sind die Beweise.“ Diese Beweise sind nicht erbracht worden. Das starke Anwachsen der Förderung ist der blühendste Beweis des Gegenteils. Woher also die durch den nicht erst seit dem Einsetzen des Wagenmangels bediente Nichtversorgung großer Bevölkerungsströme mit mineralischen Brennstoffen?
Das liegt an der Verteilungsorganisation, an dem störrischen Stillschleppen, die endlich eine Zentralstelle geschaffen wurde, der die Herstellungsarbeit übertragen worden ist, die Begehungs- und Unterlassungsfinden jetzt weit zu machen, nun die Rot auf den Rügen brennt. Man hat eben das Verfügungsrecht über unsere Kohlenförderung nicht zu weit zu lange den privatkapitalistischen Interessenten überlassen, sondern deren Macht über unsere Brennstoffe sogar noch außerordentlich erhöht.
Am baptischen Landtag hat am 6. Oktober der Generalführer Abg. Dr. Schittenbauer, um nur diesen einen unerschütterlichen Zeugen zu nennen — andere Redner sprachten ähnlich — die Gewalt der Kohlenindustrie in einer Rede geschildert, die durchaus befähigt, was längst schon von sozialdemokratischer Seite über dieses hochverehrte Kapitel warnend vorausgesagt wurde. Dieser Herr kam nach eingehender Schilderung der unhaltbaren Zustände in unserer Kohlenversorgung zu dem Schluß:
„Die eigentliche Macht liegt und bleibt bei dem, der die Ware hat, und das ist das Syndikat und die vom Syndikat belieferten Handelsfirmen, und alles andere ist und bleibt Papier, wenn man sich nicht die Macht über die Kohlen verschafft.“
Dr. Schittenbauer konnte den von seinem Regierungsvertreter — es sprachen vier — bestrittenen Nachweis führen, daß die Kohlenverteilung faktisch nicht von dem Reichskommissar, dem durch Verordnung vom 24. Februar d. S. die Verfügungsgewalt über die im deutschen Reich gewonnenen Kohlen, Koks und Britetts übertragen ist, bestimmt wurde, sondern von den syndikatisierten Kohlenausbeutern, Präfixer gesprochen: er konstatierte, daß Vertreter des Reichskommissars in den Ausschüssen zugleich Syndikatsvertreter sind und als solche nach Anweisung der Syndikatsverwaltungen handeln.
„Das ist wiederum eine Erscheinung, der wir in der Kriegswirtschaft so häufig begegnen, daß die Vertrauensleute der Kriegsgesellschaften und der Reichsstellen zugleich Interessenten sind in der Sache, in der sie ihren Rat leisten sollen. Daher kann es vorkommen, daß der Herr heute unten als Kohlenkommissar etwas bestimmt, was er morgen als Syndikatsmitglied ein Stockwerk höher in den Spielplan wirft.“
So weit ist es schon mit der Auslieferung der Volksterriten an die Juchensyndikats gekommen, daß selbst der Herr wie Dr. Schittenbauer zu solcher Charakteristik gezwungen wird. Auf diese Herrschaft syndikatisierter Kohlenkäufer führten es die Redner im baptischen Landtag zurück, daß weite Gebiete und Volksteile „ohne Begehungen“ kläglich wenig oder gar keine Kohlen bekommen, während an anderen Stellen reichlich geliefert wurde.

Der offizielle Bericht sagt, die deutsche Steinkohlenförderung sei nun wieder auf den Stand des letzten Friedensjahres, die Braunkohlenförderung sogar darüber hinaus gestiegen. Die Steinkohlenförderung belief sich damals auf 19,1, die Braunkohlenförderung auf 87,4 Millionen Tonnen. Zur Zeit sind beide Förderungen zusammen höher wie 1913.
Warum müssen sehr weite Kreise des deutschen Volkes dennoch über stark Kohlennot klagen? Unsere inländischen Kohlenvorräte umfassen mehr als die Hälfte der gesamten europäischen, unsere gegenwärtige Förderung übersteigt das Quantum, welches gleichzeitig 1913 gewonnen wurde. Und damals wurden unerhörte große Mengen unserer Kohlen, auch verarbeitet zu Koks und Britetts, exportiert, es wurden außerdem große Lager angefüllt, um einzelnen Werken ein je hunderttausend Tonnen! Warum kann jetzt ein gewaltiger Teil der Bevölkerung nicht einmal, kurz vor dem Winter, seinen notwendigen Bedarf an mineralischen Brennstoffen einkellern.
Unsere Ausfuhr — sie betrug 1913 an Kohlen, Koks und Britetts zusammengerechnet rund 44 Millionen Tonnen! — muß heute bedeutend geringer sein als im letzten Friedensjahre. In Belgien und Polen werden wieder ansehnliche Mengen für den Inlandsbedarf selber gefördert; in Belgien 1916 bereits wieder 16—17 Millionen Tonnen. Nehmen wir aber alles in allem, dann bleibt doch das Defizit übrig, das weite Gebiete des Reichs, hochwichtige Betriebe wie die Gas- und Elektrizitätswerke, ganz kümmerlich mit Kohlen versorgt sind, vielfach nur einige Tage oder höchstens Wochenvorräte an Kohlen haben — und das kurz vor dem Winter! Wie ist das zu erklären, da wir doch ein, erst recht im Vergleich zu anderen kriegführenden Ländern ausgezeichnetes Förderungsresultat zu verzeichnen haben?
Wenn auch zurecht unsere Eisenbahnverwaltungen beim besten Willen noch nicht genügend Wagen zum Abtransport der vollen Förderungen stellen können, das war doch aber im ganzen Jahr nicht so und schon im Juli d. S. erklärte sich Herrschelich im Reichstag, unsere Stein- und Braunkohlenförderung zusammen betraue sich nur monatlich auf etwa 20 Millionen Tonnen, 1913 waren es etwa 24 Millionen Tonnen. Warum ist in der stillen Zeit nicht für Ankauf von Brennstoffvorräten außerhalb der Gewinnungsgebiete gesorgt worden? Koks und andere Kohlenarten lassen sich sehr lange aufstapeln. Warum ist das nicht geschehen in den von den Kohlenbezirkern weit entfernten Randstellen, als der Wagenmangel noch nicht bedrohend war.
Die Arbeiterklasse hat unter jeder ersichtlichen Bedingung schon im Sommer dieses Jahres eine der Friedensmengen sich stark nähernde Förderung herausgebracht. Der Versuch, diese fleißige Arbeiterkraft gemeinschaftlicher Maßnahmen zu beschuldigen, mußte halt machen vor der Frage: „Wo sind die Beweise.“ Diese Beweise sind nicht erbracht worden. Das starke Anwachsen der Förderung ist der blühendste Beweis des Gegenteils. Woher also die durch den nicht erst seit dem Einsetzen des Wagenmangels bediente Nichtversorgung großer Bevölkerungsströme mit mineralischen Brennstoffen?
Das liegt an der Verteilungsorganisation, an dem störrischen Stillschleppen, die endlich eine Zentralstelle geschaffen wurde, der die Herstellungsarbeit übertragen worden ist, die Begehungs- und Unterlassungsfinden jetzt weit zu machen, nun die Rot auf den Rügen brennt. Man hat eben das Verfügungsrecht über unsere Kohlenförderung nicht zu weit zu lange den privatkapitalistischen Interessenten überlassen, sondern deren Macht über unsere Brennstoffe sogar noch außerordentlich erhöht.
Am baptischen Landtag hat am 6. Oktober der Generalführer Abg. Dr. Schittenbauer, um nur diesen einen unerschütterlichen Zeugen zu nennen — andere Redner sprachten ähnlich — die Gewalt der Kohlenindustrie in einer Rede geschildert, die durchaus befähigt, was längst schon von sozialdemokratischer Seite über dieses hochverehrte Kapitel warnend vorausgesagt wurde. Dieser Herr kam nach eingehender Schilderung der unhaltbaren Zustände in unserer Kohlenversorgung zu dem Schluß:
„Die eigentliche Macht liegt und bleibt bei dem, der die Ware hat, und das ist das Syndikat und die vom Syndikat belieferten Handelsfirmen, und alles andere ist und bleibt Papier, wenn man sich nicht die Macht über die Kohlen verschafft.“
Dr. Schittenbauer konnte den von seinem Regierungsvertreter — es sprachen vier — bestrittenen Nachweis führen, daß die Kohlenverteilung faktisch nicht von dem Reichskommissar, dem durch Verordnung vom 24. Februar d. S. die Verfügungsgewalt über die im deutschen Reich gewonnenen Kohlen, Koks und Britetts übertragen ist, bestimmt wurde, sondern von den syndikatisierten Kohlenausbeutern, Präfixer gesprochen: er konstatierte, daß Vertreter des Reichskommissars in den Ausschüssen zugleich Syndikatsvertreter sind und als solche nach Anweisung der Syndikatsverwaltungen handeln.
„Das ist wiederum eine Erscheinung, der wir in der Kriegswirtschaft so häufig begegnen, daß die Vertrauensleute der Kriegsgesellschaften und der Reichsstellen zugleich Interessenten sind in der Sache, in der sie ihren Rat leisten sollen. Daher kann es vorkommen, daß der Herr heute unten als Kohlenkommissar etwas bestimmt, was er morgen als Syndikatsmitglied ein Stockwerk höher in den Spielplan wirft.“
So weit ist es schon mit der Auslieferung der Volksterriten an die Juchensyndikats gekommen, daß selbst der Herr wie Dr. Schittenbauer zu solcher Charakteristik gezwungen wird. Auf diese Herrschaft syndikatisierter Kohlenkäufer führten es die Redner im baptischen Landtag zurück, daß weite Gebiete und Volksteile „ohne Begehungen“ kläglich wenig oder gar keine Kohlen bekommen, während an anderen Stellen reichlich geliefert wurde.

Die Haushaltungskommission des preussischen Landtages hat nach dreitägigen vertraulichen Beratungen über die Kohlenversorgung der Bevölkerung Beschlüsse gefaßt, die erst nach einigen Wochen dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt werden. Was wird sich während dieser Zeit ereignen? Ist es eine Übergangszeit zum Besseren oder Schlechteren?
Es ist sehr bedauerlich, daß der sozialdemokratische Antrag, die Kommissionsverhandlungen generell nicht vertraulich zu behandeln, abgelehnt wurde. Der herausgekommene offizielle Bericht läßt nämlich sonderbarer Weise die natürlichen Möglichkeiten unserer Kohlenversorgung ungenügend erkennen, als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.
Der offizielle Bericht sagt, die deutsche Steinkohlenförderung sei nun wieder auf den Stand des letzten Friedensjahres, die Braunkohlenförderung sogar darüber hinaus gestiegen. Die Steinkohlenförderung belief sich damals auf 19,1, die Braunkohlenförderung auf 87,4 Millionen Tonnen. Zur Zeit sind beide Förderungen zusammen höher wie 1913.
Warum müssen sehr weite Kreise des deutschen Volkes dennoch über stark Kohlennot klagen? Unsere inländischen Kohlenvorräte umfassen mehr als die Hälfte der gesamten europäischen, unsere gegenwärtige Förderung übersteigt das Quantum, welches gleichzeitig 1913 gewonnen wurde. Und damals wurden unerhörte große Mengen unserer Kohlen, auch verarbeitet zu Koks und Britetts, exportiert, es wurden außerdem große Lager angefüllt, um einzelnen Werken ein je hunderttausend Tonnen! Warum kann jetzt ein gewaltiger Teil der Bevölkerung nicht einmal, kurz vor dem Winter, seinen notwendigen Bedarf an mineralischen Brennstoffen einkellern.
Unsere Ausfuhr — sie betrug 1913 an Kohlen, Koks und Britetts zusammengerechnet rund 44 Millionen Tonnen! — muß heute bedeutend geringer sein als im letzten Friedensjahre. In Belgien und Polen werden wieder ansehnliche Mengen für den Inlandsbedarf selber gefördert; in Belgien 1916 bereits wieder 16—17 Millionen Tonnen. Nehmen wir aber alles in allem, dann bleibt doch das Defizit übrig, das weite Gebiete des Reichs, hochwichtige Betriebe wie die Gas- und Elektrizitätswerke, ganz kümmerlich mit Kohlen versorgt sind, vielfach nur einige Tage oder höchstens Wochenvorräte an Kohlen haben — und das kurz vor dem Winter! Wie ist das zu erklären, da wir doch ein, erst recht im Vergleich zu anderen kriegführenden Ländern ausgezeichnetes Förderungsresultat zu verzeichnen haben?
Wenn auch zurecht unsere Eisenbahnverwaltungen beim besten Willen noch nicht genügend Wagen zum Abtransport der vollen Förderungen stellen können, das war doch aber im ganzen Jahr nicht so und schon im Juli d. S. erklärte sich Herrschelich im Reichstag, unsere Stein- und Braunkohlenförderung zusammen betraue sich nur monatlich auf etwa 20 Millionen Tonnen, 1913 waren es etwa 24 Millionen Tonnen. Warum ist in der stillen Zeit nicht für Ankauf von Brennstoffvorräten außerhalb der Gewinnungsgebiete gesorgt worden? Koks und andere Kohlenarten lassen sich sehr lange aufstapeln. Warum ist das nicht geschehen in den von den Kohlenbezirkern weit entfernten Randstellen, als der Wagenmangel noch nicht bedrohend war.
Die Arbeiterklasse hat unter jeder ersichtlichen Bedingung schon im Sommer dieses Jahres eine der Friedensmengen sich stark nähernde Förderung herausgebracht. Der Versuch, diese fleißige Arbeiterkraft gemeinschaftlicher Maßnahmen zu beschuldigen, mußte halt machen vor der Frage: „Wo sind die Beweise.“ Diese Beweise sind nicht erbracht worden. Das starke Anwachsen der Förderung ist der blühendste Beweis des Gegenteils. Woher also die durch den nicht erst seit dem Einsetzen des Wagenmangels bediente Nichtversorgung großer Bevölkerungsströme mit mineralischen Brennstoffen?
Das liegt an der Verteilungsorganisation, an dem störrischen Stillschleppen, die endlich eine Zentralstelle geschaffen wurde, der die Herstellungsarbeit übertragen worden ist, die Begehungs- und Unterlassungsfinden jetzt weit zu machen, nun die Rot auf den Rügen brennt. Man hat eben das Verfügungsrecht über unsere Kohlenförderung nicht zu weit zu lange den privatkapitalistischen Interessenten überlassen, sondern deren Macht über unsere Brennstoffe sogar noch außerordentlich erhöht.
Am baptischen Landtag hat am 6. Oktober der Generalführer Abg. Dr. Schittenbauer, um nur diesen einen unerschütterlichen Zeugen zu nennen — andere Redner sprachten ähnlich — die Gewalt der Kohlenindustrie in einer Rede geschildert, die durchaus befähigt, was längst schon von sozialdemokratischer Seite über dieses hochverehrte Kapitel warnend vorausgesagt wurde. Dieser Herr kam nach eingehender Schilderung der unhaltbaren Zustände in unserer Kohlenversorgung zu dem Schluß:
„Die eigentliche Macht liegt und bleibt bei dem, der die Ware hat, und das ist das Syndikat und die vom Syndikat belieferten Handelsfirmen, und alles andere ist und bleibt Papier, wenn man sich nicht die Macht über die Kohlen verschafft.“
Dr. Schittenbauer konnte den von seinem Regierungsvertreter — es sprachen vier — bestrittenen Nachweis führen, daß die Kohlenverteilung faktisch nicht von dem Reichskommissar, dem durch Verordnung vom 24. Februar d. S. die Verfügungsgewalt über die im deutschen Reich gewonnenen Kohlen, Koks und Britetts übertragen ist, bestimmt wurde, sondern von den syndikatisierten Kohlenausbeutern, Präfixer gesprochen: er konstatierte, daß Vertreter des Reichskommissars in den Ausschüssen zugleich Syndikatsvertreter sind und als solche nach Anweisung der Syndikatsverwaltungen handeln.
„Das ist wiederum eine Erscheinung, der wir in der Kriegswirtschaft so häufig begegnen, daß die Vertrauensleute der Kriegsgesellschaften und der Reichsstellen zugleich Interessenten sind in der Sache, in der sie ihren Rat leisten sollen. Daher kann es vorkommen, daß der Herr heute unten als Kohlenkommissar etwas bestimmt, was er morgen als Syndikatsmitglied ein Stockwerk höher in den Spielplan wirft.“
So weit ist es schon mit der Auslieferung der Volksterriten an die Juchensyndikats gekommen, daß selbst der Herr wie Dr. Schittenbauer zu solcher Charakteristik gezwungen wird. Auf diese Herrschaft syndikatisierter Kohlenkäufer führten es die Redner im baptischen Landtag zurück, daß weite Gebiete und Volksteile „ohne Begehungen“ kläglich wenig oder gar keine Kohlen bekommen, während an anderen Stellen reichlich geliefert wurde.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung des Nahrungsmittelschwindels.

Im vergangenen Jahre wurde im Kriegsernährungsamt erwogen, ob man dem Oranje auf Errichtung einer Prüfungsstelle endlich nachgeben und so den im Laufe des Krieges zu einem unerträglichen Liebel herangewachsenen Nahrungsmittelschwindel an der Wurzel bekämpfen und mit Stumpf und Stiel austrotten sollte. In den süddeutschen Staaten, wo etwas später auch Sachsen folgte, und einigen Städten, z. B. Altenburg, Bremen, Cassel, Göttingen, Frankfurt am Main, war man weniger bedächtig und wartete das Resultat der Erwägungen nicht ab, sondern griff beherzt zu und führte den Genehmigungsangriff für alle Ersatzmittel ein. Dieses gute Beispiel bot leider dem Kriegsernährungsamt einen neuen Vorwand zur Verhinderung der von allen Seiten dringend gewünschten Regelung: Man glaubte nun wieder die Erfahrungen und Erfolge der verschiedenen Prüfungsstellen abwarten zu müssen und begnügte sich mit der Einrichtung einer statistischen Abteilung, die in der in gewissermaßen Weise alle amtlichen Untersuchungen der Ersatzmittel gesammelt, aber beileibe nicht den Verbrauchern mitgeteilt werden. Erfahrungen und Erfolge der z. T. seit Anfang 1918 bestehenden Ersatzmittel-Prüfungsinstitute liegen nun in hinreichender Zahl vor, so daß es an der Zeit wäre, in neue Erwägungen einzutreten, die nur zu dem Resultat führen dürfen, daß von Reichswegen und damit auch für Preußen der Prüfungswang für alle Ersatzmittel eingeführt wird, denn alle Erfahrungen der verschiedenen Untersuchungsämter sind gut. Ihre Arbeit erweist nur eine ganz überflüssige Belastung dadurch, daß auch Preußen, wo man keine Schranken gegen gewissenlose Ersatzmittelfabrikanten errichtet hat, immer wieder mehr oder minder untaugliche Präparate eingeführt werden, während im eigenen Lande schon das Bestehen des Prüfungswanges zur Ausmerzung mancher überflüssigen Nahrungsmittel-Industrie geführt hat.

Neben der Einrichtung der statistischen Abteilung hat das Kriegsernährungsamt zur Bekämpfung der Ersatzmittelschwindel auch an die Käufer die Mahnung gerichtet, sich selber vor minderwertigen Fabrikaten zu schützen. Bei der heutigen Warenknappheit, wo der Markt für jede Ware, gleichviel an welcher Güte, aufnahmefähig ist, keine solche Mahnung unmöglich irgend welchen Erfolg haben. Woher soll außerdem der Käufer wissen, was gute, was schlechte Ersatzmittel sind? Er kann es immer nur erfahren durch eigene Versuche, denn die Anpreisungen auf den Verpackungen verdienen immer alles mögliche und unmögliche; von ihrer Wahrheit überzeugt man sich nur durch eine Probe im Haushalt, nicht durch das Anschauen im Laden. Die verschiedenen Gutachten besagen über den positiven Wert meist nichts und bescheinigen nur mehr oder minder zuverlässig die Unschädlichkeit. Und wenn der einzelne Käufer wirklich durch Schaden klug geworden ist und den Einkauf unwürdigen „Ersatzes“ in Zukunft vermeidet, so hat die Gesamtheit nichts davon, jeder Einzelne muß von neuem und auf eigene Kosten klug werden, fast daß eine amtliche Stelle die Erfahrungen für alle sammelt und sie überhaupt nicht erst der Gefahr aussetzt, betrogen zu werden. Und wenn wirklich als Einwohner eines Bezirkes, einer Stadt, Dörgele in Gestalt des Kaufpreises für minderwertige Ersatzmittel viel gewonnen, so ist volkswirtschaftlich damit auch nicht viel gewonnen, denn die Ware ist einmal hergestellt, d. h. es ist Rohmaterial für einen untauglichen Zweck vergeudet, Arbeitskraft daran verschwendet und der heimliche Geschädigte ist neben dem Verbraucher der Kleinfabrikler, bei dem die minderwertige Ware liegen bleibt, gegen den sich gewöhnlich auch der Jörn der geschäftlichen Käufer richtet, während der Hersteller längst seinen Gewinn gesichert hat.

Das Kriegsernährungsamt wendet indessen weiter ein, daß es an genügend geschulten Kräften fehle, um die erforderlichen Untersuchungen auszuführen. In den angrenzenden Staaten und Städten scheint man den Mangel an Arbeitskräften nicht ganz so hoch einzuschätzen. Ja, die Bundesrepublik des Kriegsernährungsamtes, die zur Gründung vieler solcher Prüfungsinstitute geführt hat, verneint ja eigentlich diesen Mangel erst; denn heute läßt es sich nicht vermeiden, trotzdem die süddeutschen Staaten und Sachsen zu einem Uebereinkommen über die Anerkennung der in einem der Staaten vorgenommenen Untersuchungen gelangt sind, daß zahlreiche Prüfungen doppelt gemacht werden. Dazu kommt noch, daß die Gerichte unendlich viel Arbeit zu leisten haben bei der Verfolgung der Fälle, in denen die Ersatzmittelfabrikanten zur Rechenschaft vor die Gerichte gefordert werden. Durch zweckmäßige Organisation würde aber Wahrscheinlich nach an Arbeitskräften spart, keinesfalls aber mehr gebraucht als jetzt für die amtlichen Untersuchungen im Auftrage der staatlichen, Reichs- und gerichtlichen Untersuchungsstellen erforderlich ist, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß nach den Erfahrungen der bereits bestehenden Prüfungsinstitute die Ein-

führung des Untersuchungsanges allein schon den Fabrikationseifer einzudämmen pflegt.

Der Genehmigungsangriff für alle Ersatzmittel muß gefordert werden im Interesse der Behörden, des Handels, der Verbraucher. Bei der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung auf allen Gebieten sind die Ersatzmittelfabrikanten natürlich bemüht, sich die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe erforderlichen Waren auf jede Weise zu beschaffen, gleichgültig, ob sie sie zur Erreichung dieses Zweckes aus dem Kleinhandel wieder aufkaufen müssen, gleichgültig auch, ob die angebotenen Materialien im Wege des Schleichhandels erworben werden. Nicht selten werden auch bereits verarbeitete Stoffe zur Verwandelung in irgend einen Ersatz aufgekauft. So sucht in diesen Tagen der allgemeinen Ketzenknappheit eine chemische Fabrik, die sich mit der Herstellung von Lederfellen befaßt, „Ketten“ jeder Art und jedes Quantum“ durch ein Inzerat in einer Berliner Tageszeitung. Bei der „Tela“ ist eine besondere Abteilung nur damit beschäftigt, die Fälle von unerlaubter Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Stärke zu verfolgen. Vermutlich handelt es sich auch hier um die Weiterverarbeitung der erlaubten Kartoffelfeststoffarten d. h. um Streckung, also Verschlechterung; oder aber das Kartoffelmehl ist im Schleichhandel gekauft, so daß in jedem Falle Vorschriften der Verteilungsbehörden übertreten worden sind. Die Verfolgung der schon erfolgten Uebertretungen ist natürlich viel mühsamer und münder erfolgreich als die Untersuchungen, die solche Zuwiderhandlungen überhaupt unmöglich machen, denn es ist selbstverständlich, daß kein „Ersatz“ genehmigt werden darf, für den „verbotene“ Grundstoffe verwendet werden.

Der Kleinhandel hat an solchen Prüfungsinstituten gleichfalls ein lebhaftes Interesse. Er ist nicht in der Lage, sich über Wert oder Unwert der ihm angebotenen Fabrikate zu unterrichten. Die jetzt üblichen privaten Gutachten geben ihm keinen Anhalt. Neben den Verbrauchern trägt er den Schaden, der durch die minderwertigen Ersatzmittel verursacht wird. Daß der Verbraucher sich nicht selber schützen kann, mindestens einmal hereinfallen muß, ist schon dargelegt.

Selbstverständlich muß sich der geforderte Prüfungswang auch auf die ausländischen Produkte erstrecken, ganz abgesehen davon, daß die „Auslandsware“ es zum Teil schon zu demselben schlechten Ruf gebracht hat, den der „Ersatz“ heute nur allzu berechtigterweise genießt, so steht auch zu befürchten, daß bei Nichtbeziehung der Auslandsware die minderwertigen inländischen Erzeugnisse sich schleunigst in „Auslandsware“ verwandeln. Dem kann nur durch Unterwerfung auch der bänkischen Bouillonwürfel, holländischen Puddingpulver usw. unter den Prüfungswang entgegengewirkt werden.

Die Arbeiterfrauen und der Hunger.

Eine Arbeiterfrau schreibt unserem Bruderorgan der Schw. L.-Z.:

Eine Notlage herrscht in unseren Arbeiterkreisen, von der man sich in den Kaffeetränkchen der Wohltätigkeitsdamen und an den Stammtischen der „besseren Herren“ keine Vorstellung zu machen imstande ist. Die meisten Arbeiterfamilien müssen mit einem Einkommen „leben“, das manchem Bierbrau und Weinschlauch gerade für Altagern und Frühkoppen hinreicht. Ich bekomme von meinem Mann, der ein Einkommen von 10 Franken pro Tag verdient, wöchentlich 30 Franken Haushaltsgeld. Mehr dürfen wir nicht ausgeben, wenn wir die Prämien für Lebensversicherung, Krankentassen, Steuern, Hauszins usw. ausbringen wollen. Für Kleider und Schuhe bleibt nur das Allernützlichste. Wein und Bier sind uns unbekante Dinge, und es ist mir ein Rätsel, wo Familien mit weniger Einkommen die tägliche Flasche Bier zum Jünlid und Jöbig nehmen.

Was zum Lebensunterhalt übrig bleibt, kann sich jeder-mann selbst ausrechnen, der in der Lage ist, mit 30 Franken eine Familie von sechs Köpfen ernähren zu müssen. Es trifft auf den Kopf nicht ganz 70 Rappen pro Tag, also nicht einmal so viel, als die Stadt Zürich an Kostgeld für ihre Polizeibunde auswirft. Zwei Kilo Brot kosten 1,37 Fr., drei Liter Milch 99 Rappen, macht zusammen 2,36 Fr. Somit bleiben für alle übrigen Tagesbedürfnisse noch 1,65 Fr. Wo man sich früher ein Pfund Fleisch erlauben durfte, muß man heute mit einem halben Pfund Ruchfleisch vorliebnehmen, und auch das nur jeden zweiten Tag.

„Ja“, höre ich die guten Volkstreunde erwidern, „es gibt doch so viele andere Nahrungsmittel, die dem Fleisch völlig an Nährwert gleichkommen. Fleisch kann man entbehren.“ Wenn die weisen Berater nur nicht verschweigen wollten, daß diese andern Nahrungsmittel ebenfalls so hoch im Preise stehen, daß sie für den Arbeiter gar nicht mehr käuflich sind. Vier, Weib, Süßfrüchte, Feigwaren, soweit sie überhaupt noch zu haben sind, haben eine Höhe erreicht, die derjenigen der Fleischsorten die Stange hält. Für Obst und Gemüse werden wahre Zugspitze gefordert.

Das ist doch kein Leben mehr, sondern ein langsames Verhungern. Eine Unterernährung greift in den ärmern Volksschichten Platz, die zur Ueberbevölkerung der Krankenhäuser und Sanatorien führen muß. Was nützt der Kampf gegen Tuberkulose und andere Würger der Menschheit, wenn zur Verhütung dieser Krankheit nicht das wirksamste Mittel, eine richtige Ernährung, ins Feld geführt wird. Es ist ein erbärmliches Geheudel der bürgerlichen Presse, sich in tiefsinnigen Betrachtungen über die Zunahme der Verbrechen zu ergeben, wenn man mit verstorbenen Armen zuschaut, wie die Ursachen der Verbrechen von oben herab gefordert werden, indem man die Lebensmittelwucherer und Spekulanten in ihrem volksfeindlichen Treiben ruhig gewähren läßt.

Ein Preisausschlag um den andern wird diktiert. Keine Hand regt sich, um dem ein Ende zu machen. Mütter man uns Müttern denn zu, stille zu sein und zu schweigen zu dem namenlosen Elend, wie unsere Kinder langsam dem Siedetum verfallen? Glauben unsere Behörden, die Arbeiterschaft habe noch ein Interesse, ihr „Vaterland“ zu schützen, indem man sie dem schändlichsten Wucher preisgibt? Oder wollen die Herren Regenten, denen bei ihren fetten Besoldungen und Zinseinnahmen selbstverständlich keine Notung spürbar wird, zu warten, bis das Volk zur Verzweiflung und zur Sünnergewalt getrieben wird?

Wer die Schanzen der Lebensmittelmagazine betrachtet, dem ist es unangenehm, daß Mangel herrschen soll. Wir will schreien, daß es nicht an den notwendigen Nahrungsmitteln fehlt, sondern nur an guten Willen, sie dem Volk zu Preisen abzugeben, die den Büdlern immer noch einen anständigen Gewinn bringen. Darüber hinaus noch Kriegsgewinne zu machen, ist unter den gegebenen Zeitverhältnissen, wo man von jedem Opfer fordert, ein Verbrechen am Volk und an der Gesamtheit!

So eine Arbeiterfamilie mit 10 Fr. Tagelohn und 3000 Fr. Jahreslohn. Aber wie wenige Arbeiterfamilien haben einen solchen Verdienst? Viele Arbeiter haben heute noch einen Tagesverdienst von unter 5 Fr., und nur ein kleiner Teil kommt auf über 6 Fr. Wie steht es denn aber in allen diesen Familien mit dem unzulänglichem Lohnneinnehmen? Da herrscht bittere Not und Armut und das auch in dem heurigen Erntejahr mit seinem kaum noch dagewesenen reichen Segen an Früchten und Lebensmitteln aller Art.

Das kann und muß anders werden, und das Mittel dazu ist die Organisation, die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische. Und darum auch ihr notleidenden Arbeiterfrauen alle, ihr Arbeiterinnen der Schuh- und Lederindustrie, hinein in die Organisation!

Bürgerliches Recht. Feststellung der Vaterschaft.

Um die rechtliche und wirtschaftliche Lage des unehelichen Kindes zu verbessern, ist schon oft eine Änderung der gegenwärtigen gesetzlichen Vorschriften über die Feststellung der Vaterschaft vorgeschlagen worden. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt in seinem § 1717 darüber nur, daß als Vater des unehelichen Kindes gilt, wer mit der Mutter innerhalb der Empfängniszeit verkehrt hat, es sei denn, daß auch ein anderer mit ihr verkehrt. Als Zeit der Empfängnis gilt der Abschnitt vom 181. bis 302. Tag vor der Geburt des Kindes. Im übrigen überläßt es das Bürgerliche Gesetzbuch der Mutter und dem Vormund des Kindes, die Rechte des letzteren nach eigenem Belieben wahrzunehmen. Der vom Reichstag eingeleitete Vorschlag für Bevölkerungspolitisch schlägt vor, durch Änderung des § 1717 zunächst den oben angeführten Einwand gegen die Vaterschaft zu beseitigen, daß die Mutter mit mehreren Männern während der Empfängniszeit verkehrt habe. Es würde damit der Zustand wiederhergestellt, wie er in mehreren Bundesstaaten vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Reich bestand. Danach gab es eine mögliche gemeinsame oder anteilige Haftung mehrerer Männer für die Vaterschaft. Das wäre für die uneheliche Mutter ein Fortschritt; vielleicht würde durch die vorgeschlagene Änderung auch die Zahl der Weineide etwas eingeschränkt. In dem erwähnten Vorschlag wurde ausgeführt, daß heute an der Einrede, die uneheliche Mutter habe mit mehreren Männern verkehrt, oft die Sicherung des Unterhalts für uneheliche Kinder scheitert. 95 v. H. aller Unterhaltspragelle, die zur Abweisung gelangen, gingen wegen jener Einrede verloren. Unterhaltungspflichtig bleiben in solchen Fällen lediglich die Mutter des Kindes und ihre Verwandten und die — Armenpflege. Letztere empfinden das uneheliche Kind oft als lästigen Ballast, namentlich auf dem Lande. Jedenfalls habe die Einrede des Wahrerkehrs meist eine ungebührlich lange Dauer des Unterhaltungsprozesses zur Folge. Oft würden auf Veralemboli Männer benannt, die die Kindesmutter überhaupt nicht kennen. Es hätten sich uneheliche Mütter schon das Leben genommen, weil sie sich außerstande fühlten, die Qualen des Prozesses zu tragen. Ein

Regierungswortreter gab einen Ueberblick über die Geschichte der Einrede des Rebehrers, die zeigt, daß diese Frage im Laufe der Zeit und in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden behandelt worden ist. Ein neuer Gesichtspunkt sei die notwendige Reform der Bevölkerungspolitik. Es seien über die Frage Erhebungen im Gange, deren Ergebnis nächstens mitgeteilt werden solle. Des weitern schlägt der Ausschuss vor, den § 1717 in der Richtung abzuändern, daß wie in § 1592 Abs. 2 für eheliche Kinder in besonderen Fällen auch die welter als 200 Tage zurückliegende Zeit als Einredungszeit in Betracht kommen kann. Mit beiden Vorschlägen ist für Mutter und Kind praktisch nicht allzuviel gewonnen. In den Vorschlägen fehlt vor allem eine Verbesserung des Verfahrens bei der Ermittlung der Vaterschaft. Erfahrungsgemäß entziehen sich viele uneheliche Väter der Untersuchungspflicht durch Flucht, Verdunkelung des Lebensstandes usw. Vor allem ein schärferes Handeln solcher Väter gegenüber wäre zweckmäßig. Zur Abhilfe müßte allgemein bestimmt werden, daß die Mutter schon vor der Geburt oder mindestens gleich nachher anzugeben hat, wen sie als Vater ansieht. Ein ähnliches Verfahren, wenn auch noch nicht genügend ausgebaut, ist bereits auf dem Verwaltungsweg in Preußen eingeführt. Es hat sich gut bewährt. Das Strafbesamt verständigt von der angemeldeten unehelichen Geburt das Amtsgericht, das nach den Angaben der Mutter für die Feststellung der Vaterschaft und der Untersuchungspflicht, sowie die Einsetzung eines Vormundes sorgt. Der Vorstand Deutscher Berufsverbände hat wiederholt gefordert, daß die Sorge für das Kind schon vor der Geburt einzuführen habe, etwa im fünften Monat vor ihr. Die Berufsverbände verlangen eine allgemeine Einführung eines Zwanges zur Voranzeige der Geburt. Je früher, um so leichter ist die Vaterschaft nachzuweisen. Die Gelehrte des Auslandes ist in diesem Punkte vielfach besser. In Norwegen ist bestimmt, daß die Mutter schon vor der Geburt oder spätestens vier Wochen nachher anzugeben hat, wen sie als Vater ansieht. Die Behörde hat dann von Amts wegen für die Feststellung der Vaterschaft oder, wenn das nicht gelingt, der Untersuchungspflicht zu sorgen. Die Gelehrte der meisten Schweizer Kantone läßt geradezu nur während der Schwangerschaft die Vaterschaftsfrage zu. In England ist sie vor und nach der Entbindung erlaubt. In Deutschland kann vor der Geburt nur durch einseitige Verfügung und Klage eine Hinterlegung der Kosten für die Entbindung angeordnet werden. In der Praxis läuft das zwar auch darauf hinaus, den Vater festzustellen, doch ist das Verfahren äusserst umständlich und kostspielig und oft auch sonst bedenklich. Manche Väter wollen nicht gern aus eigenem Antrieb gegen den Vater etwas unternehmen in der Befürchtung, in Freundschaft mit ihm zu geraten. Häufig mag die zu weitgehende Rücksicht unangebracht sein, immerhin ist es besser, wenn durch amtliches Eingreifen in allen Fällen gleichsam automatisch die Vaterschaft rechtzeitig festgestellt wird. Die Vorschläge des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik bedürfen der Ergänzung. **J. K.**

Frauenfabrikarbeit und Geburtenabnahme.

Daß die zunehmende gewerbliche Arbeit der Frauen von ungünstigen Einflüssen auf die Geburtenziffern sein muß, dürfte als feststehend erachtet werden. Frauen, die den ganzen Tag in der Fabrik zubringen müssen, fehlt es an Zeit, sich noch mit der Sorge um eine große Kinderzahl zu befassen, aber auch in psychischer Hinsicht führt die Fabrikarbeit oft zu einer Schwächung des weiblichen Körpers und in ihrem Besitze auch zu einer Schwächung der Generationsorgane. In ihrer soeben erschienenen Schrift: „Zusammenhang von Frauenfabrikarbeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland“, Berlin, W. Mayer, untersucht Dr. Marie Bernays diesen Zusammenhang auf Grund einer eingehenden Statistik. Es ergibt sich aus derselben, daß, da die Faktoren, welche auf die Abnahme der Geburten einwirken, zahlreich sind, es mit einer gewissen Schwierigkeit verbunden ist, gerade den Anteil festzustellen, welcher der Frauenarbeit dabei zukommt. Ein deutliches Parallelogon zwischen hoher Frauenarbeit und niedriger Geburtenziffer ist nicht nachzuweisen. Nur bei der erstaunlich raschen Geburtenabnahme Sachsens könnte man an seine hohe Frauenarbeit, seine hohe Geburtenziffer und seine hohe und rasch gewachsene Arbeitziffer der 20- bis 30jährigen denken. Die Abnahme der Geburtenziffer im letzten Jahrzehnt hängt weit eher mit der Verbreitung und der Art der Frauenfabrikarbeit zusammen als mit der absoluten Höhe der Geburtenziffer; fast stets scheint die Art der industriellen Frauenarbeit von Bedeutung zu sein. Die gleichmäßigere oder ungleichmäßigere Verteilung der Industrie über ein Land, das Vorhandensein der großen Städte, der Einfluß bestimmter Bodenverhältnisse sind maßgebender für die Bewegung der Geburtenziffer als die Frauenfabrikarbeit.

Kriegerfrauen dürfen nicht ermittelt werden.

Ein wichtiges Urteil hat das Kammergericht, der höchste preussische Gerichtshof, gefällt. Ueber das Mietrecht der Kriegerfrauen bestanden bisher Unklarheiten, die manche Hausbesitzer zu Schikanen gegen die Frauen ausnutzten, deren Männer im Felde stehen. In dem dem Urteil zugrunde liegenden Fall hatte die Frau eines Kriegsteilnehmers während des Krieges eine Wohnung gemietet, den Mietvertrag allein unterzeichnet, aber keine Miete gezahlt. Wegen sie war ein Räumungsurteil ergangen, doch der Mann widersprach der Vollstreckung. Das Kammergericht hat der Beschwerde stattgegeben und erklärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Frau des Kriegsteilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig sei, denn der Mann sei als Haushaltungsvorstand Inhaber der gemieteten Wohnung, die Frau in seiner Abwesenheit lediglich als Besitztöchterin im Sinne des § 865 des Bürgerlichen Gesetzbuches anzusehen.

Der unwürdige Zustand, daß Frauen von hartberigten Hausfrauen auf die Straße gejagt werden, während die Männer draußen im Felde ihr Leben einsetzen zum Schutze von „Haus und Hof“, ist nun beseitigt. Allerdings bleibt die Mieschuld der zahlungsunfähigen Kriegserben bestehen und wenn der Ehemann zurückkehrt, dann haben sie schwere Sorgen. Es wird notwendig werden, auch in dieser Hinsicht rechtzeitige Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, daß etwa die aufgeschobene Räumung dann vollzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer in die Heimat zurückkehrt.

Praktische Winke.

1. Kinder und selbst bisweilen Erwachsene neigen sich in der leichten Ganganlage, weil sie die Arme nicht frei haben. Kinder fangen an zu schreien, werden unruhig; je mehr sie fühlen, daß sie an freier Bewegung der Arme gehindert sind, um so mehr steigert sich das Unbehagen. Dadurch wird das Herz erregt; die beruhigende Wirkung der Ganganlage wird dadurch ausgemerzt. Man greift daher besser zu Dreiviertel-Packungen, legt aber, um die volle Wirkung der Ganganlage zu erzielen, zugleich eine Schulterpackung, einen Schal oder ein Kreuzband an. Packungen dieser Art sind selbst bei den schwachen verwendbar, weil man dabei das Herz durch die Aufschläge oder durch den Rückenschlauch beruhigen kann.

2. Durch übertriebene Abhärtung kann sehr schadet werden; besonders bei Kindern. Sie werden durch kalte Lieberziehungen, häufige kalte Abreibungen gerade empfindlich gemacht für Erkältungen, und bekommen dann alle Augenblicke einen Katarrh oder eine Bakterienruhr. Nicht selten ist auch eine große Erregbarkeit des Nervensystems die Folge übertriebener Abhärtungsversuche. Solche Kinder schreien im Schlafe auf, sind erregt und jagern unter Appetitlosigkeit usw. Das beste Abhärtungsmittel ist die Bewöhnung der Haut an die Luft (Luftbad) oder falls ist Bloßtragen von Armen und Unterschenkeln der Kinder an kalten Tagen.

3. Bei Erkältungen erweisen sich anstrengende Tei-Bäder als vorteilhaft; sie stellen die denfalls geringsten Anforderungen an die Räumlichkeiten wie an die Kräftezustand des Kranken. Die anstrengenden Tei-Bäder bestehen darin, daß man einen kleinen Teil des Körpers (Füße, Arme, Gesicht und Unterleib) allmählich hart erhitze und dadurch den ganzen Organismus zu einer kräftigen Gegenwirkung zwingt, die sich in einem Schweißausbruch äußert. Die betreffenden Körper werden mit Wasser von 37 Grad C so weit gefüllt, daß man nachträglich noch heißes Wasser zugeben kann, ohne sie zum Ueberlaufen zu bringen. Durch Nachgießen wird die Temperatur allmählich auf 42-44 Grad C erhöht.

Nach dem anstrengenden Bad, 20-30 Minuten, legt sich der Kranke zu Bett, deckt sich gut zu und schweigt im Bett weiter. Schließlich folgt eine lauwarme bis warme Wäsche. **Dr. Fr. Schönböck.**

Der Waldsteig.

(Fortsetzung.)

Der Doktor sagt, nachdem das eigentliche Geschäft abgetan war, zu Herrn Tiburius, er habe zwar ein junges, sehr schönes Weib, es sei ja die Gatte, daß man, einen Gast und Nachbar, den ersten Besuch mache, zu der Frau des Hauses führe; allein er wisse nicht, ob der Herr Nachbar seinem Weibe nicht widerwärtig sein könnte, denn es ist unter seinen Grundrissen auch der oben, daß seine Gattin, so wie er, in allen nicht zur Ehe gehörigen Dingen die völlige Freiheit zu handeln haben müsse; darum werde er sein Weib fragen, und wenn der Nachbar wieder einmal komme, werde er ihm sagen können, ob er ihn zu ihr führen werde oder nicht. Hierauf erwiderte Herr Tiburius, er sei wegen des Bades herübergekommen, das sei abgetan, und es sei gut. Desohngeachtet zeigte ihm der Doktor noch flüchtig seine Anlagen wo er die Kamellenhäuser habe, wo er seine Rhododendren, seine Hyazinthen, Verbänen, Crisen und andere gleiche, und wo er die Erde mische und brüme. Von dem Obste und anderen Dingen sei noch nicht viel zu sehen. Sodann stieg Herr Tiburius in seinen Wagen und fuhr davon. Der Doktor hatte eine hölzerne Vorrichtung, die mit Röhren sehr laut klappte, um seine Leute, die in verschiedenen Geschäften gerufen waren, zum Essen oder zur Arbeit oder zu einer Besichtigung zusammenzurufen zu können. Als Herr Tiburius den Abgang der Duerleichen hinauf fuhr, hörte er schon wieder das Rauschen dieser Vorrichtung, was anzeigte, daß der fremde Doktor mit seinen Leuten schon wieder in einem Verlede befähigt sei. Zu diesem Manne kam Herr Tiburius nach einiger Zeit wieder und dann öfter und so immer fort; war es nun, daß er, wie es bei diesen Leuten ist, einmal im Geleise war und dabei in demselben fortging, oder wollte er von dem Doktor etwas lernen. Da standen nun die zwei Männer, welche von den Menschen Narren gehalten wurden, manchmal in dem Garten zusammen, — der eine in einem Strohhut und einem arbeitsamen Anzuge, daß ihm der Wind bei den dünnen Ärmeln hinein ging und durch alle Glieder strich, der andere mit einer Hülfskappe auf dem Haupte, die er bis über die Ohren bedeckte, mit einem langen Rocke, der fast die Erde berührte, über die andern Kleider zusammengeknöpft war — oben unter dem Krage noch ein großes

zusammengebäutes Tuch sehen ließ, daß der Bald warm sei, und endlich mit großen, weissen Stiefeln, in denen er doppelte Strümpfe anhatte, daß sich die Füße nicht erkälten. Bei diesen Besuchen sagte der Doktor nichts mehr davon, daß er den Herrn Tiburius zu seinem Weibe hinführen werde, und dieser verlangte es auch niemals.

Weil also Herr Tiburius zu keinem Menschen kam als zu dem Doktor, und weil er überhaupt nicht aus seinem Zimmer ging, als wenn er zu dem Doktor fuhr, so war es natürlich, daß die Leute glaubten, er werde von dem närrischen Doktor ärztlich behandelt, und beide hätten Mittel ausgefunden, die sehr merkwürdig seien und geheim gehalten würden, weshalb sie immer zueinander kämen und die Köpfe zusammenstreckten.

Dies war, wie wir wissen, allerdings nicht so; aber wie der Schwarffinn des Volkes immer in den ungegründeten Gerüchten, die in ihm emportauchen, einige Körnchen Wahrheit und Veranlassung hat, so war es auch hier; denn von diesem Doktor ging wenigstens der erste Anstoß aus, der dann fortwirkte, und insofern sich Herr Tiburius ganz und gar verwardete wie die Raupe des Tagpfauenauges, die auch, nachdem sie auf dem Kriesseltraute einformig gelebt, sich dann gar aufgehängt hatte und eingeschrumpft war, eines Tages plötzlich aufspringt, den garstigen, schwarzen, mit Dornen besetzten Saug zurückstreift und die Hörner und Hörer der schönen Puppe zeigt, in der gar schon die künftigen, farbigen, schimmernden und glänzenden Flügel eingewickelt liegen. Herr Tiburius fragte nämlich den Doktor eines Tages plötzlich um das, was er gewiß schon lange auf dem Berge getragen haben mußte; er sagte: „Wenn Sie, mein hochverehrter Herr Doktor, wie Sie ja selber gerade heute vor fünf Wochen zu mir gelangt haben, in drei weiteren Fällen zuverlässige Mittel wissen, so würden Sie etwa zufällig auch eins in dem meinent?“

„Allerdings, mein verehrter Herr Tiburius“, antwortete der Doktor.

„Nun also — um Gottes willen — so reden Sie.“

„Sie müssen heiraten, aber zuvor müssen Sie in ein Bad gehen, wo Sie sogar Ihr Weib finden werden.“

Das war für Herrn Tiburius zu viel. Er kniff seine Lippen zusammen und fragte mit ungläubigen, stöhnendem Acheln: „Und in welches Bad soll ich denn gehen?“

„Das ist in Ihrem Falle schier einerlei“, antwortete

der Doktor, „nur irgend ein Gebirgsbad dürfte am vorzüglichsten sein, etwa das in unserm Oberlande, wozin ja so viele Menschen ziehen. Obeme, Ranten, Väter, Mütter, Großmütter, Großväter sind mit sehr schönen Mädchen dort, und darunter wird auch die sein, welche Ihnen gefällt.“

„Und also endlich, weil Sie die Mittel so gut angewendet haben, welches ist dann mein Fall?“

„Das Frage ich nicht“, erwiderte der Doktor, denn wenn Sie ihn einmal wissen, dann hilft kein Mittel mehr, weil Sie bereits gesund sind.“

Herr Tiburius fragte um nichts weiter, er sagte zu diese Unterredung sein Wort mehr, sondern er ging allmählich zu seinem Wagen und ging davon.

Der verrückte Doktor hat recht“, sagte er zu sich in dem Wagen, „nicht in Beziehung des Heiratens hat er recht, das ist eine Narrheit — aber ein Bad! — ein Bad! — das ist das Einzige auf das ich noch nicht verfallen bin — es ist unbegreiflich, wie ich denn nicht bedenken konnte. Ich werde mir gleich alle Bäder zu Rat ziehen, die von Vätern handeln, und auszumitteln suchen, welches von unserm Weltteil für meine Zustände in Betracht kommen könnte.“

Auf dem ganzen Wege brütete er an dem Gedanken fort.

Der Doktor hatte den Herrn Tiburius bedeutend angeführt. Auch an das Heiraten mußte er ein wenig geachtet haben; denn er schmit sich mit einer Ehre der Art, den er sich in dem ganzen Angefichte hatte wackeln lassen, bis auf eine gewisse Stufe weg, rafferte ihn dann über und über sehr fein ab und stellte sich vor den Spiegel und betrachtete sich.

„Nein, nein“, sagte er, „das ist nicht, das hat gar und gar keinen Sinn, und das kann nicht sein.“

Desohngeachtet schickte er noch an diesem Abend um ein sehr gutes Zahnpulver in die Stadt; denn er hatte von dem Spiegel bemerkt, daß er seine Zähne bisher in höchster Weise vernachlässigt habe.

In Bezug auf das Bad fing er am Morgen des nächsten Tages an, sehr ernsthaft die notwendigsten Anstalten zu treffen. Er schrieb in die Stadt um alle Bäder, welche von Vätern handeln, um zuerst aus ihnen zu entnehmen, wozin er gehen solle, dann wollte er erst das weitere anordnen.

(Fortsetzung folgt.)